



MAGAZIN



Meinung

**Papst Franziskus
über Gewaltfreiheit**

Thema

**Zivilgesellschaft
unter Druck**

Reportage

**Vom Jemen nach
Königswinter und zurück**

Im Gespräch

Gesine Schwan

Was Sie in diesem Heft erwartet

04 Nachrichten

05 Meinung

Papst Franziskus über Gewaltfreiheit



06 Thema

Zivilgesellschaft gerät weltweit unter Druck



09 Nachrichten

10 Reportage

Von Arabien nach Königswinter und zurück



14 Im Fokus

16 Im Gespräch

Gesine Schwan im forumZFD-Interview



20 Rätsel & Rezept

22 Friedenspolitik

24 Stiftung

Spendenkonto des forumZFD:

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Sie möchten das forumZFD unterstützen? Darüber freuen wir uns sehr! Bitte lesen Sie hierzu auch Seite 27 in diesem Heft.

Über das forumZFD

Das forumZFD unterstützt Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Gegründet im Jahr 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen als Reaktion auf die Balkankriege tritt das forumZFD für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Derzeit arbeitet das forumZFD mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland sowie zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Seine Akademie für Konflikttransformation bietet einen Lernort für professionelle, internationale Friedensarbeit. Mit Dialogveranstaltungen, Bildungsarbeit und Kampagnen setzt sich das forumZFD aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Das forumZFD ist von der Bundesregierung als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Es ist Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft und finanziert seine Arbeit über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Die Organisation wurde 1997 mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 mit dem Göttinger Friedenspreis und 2014 mit dem Friedenspreis „Sievershäuser Ermutigung“ ausgezeichnet.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Richard Klasen, Kristin Kretschmann,
Thomas Oelerich
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 4.700 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: ©forumZFD



Zum Titel

Das Titelbild entstand im September 2015 auf dem zentralen Kundgebungsplatz in Beirut nahe dem Regierungspalast. Es zeigt Proteste von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Vermüllung der Straßen, nachdem sich das Parlament nicht auf einen neuen Ort für eine Mülldeponie verständigen konnte. Das Besondere an den Protesten war weniger ihr Anlass, sondern die Breite des Bündnisses über alle Grenzen von Parteizugehörigkeit und Religion hinweg – jene Spaltungen, die das öffentliche Leben des Landes bestimmen und für Konflikte sorgen.

Zehntausende vor allem junge Menschen nahmen an den Protestaktionen teil. Der junge Mann im Superman-Shirt und mit libanesischer Nationalflagge in der Hand steht stellvertretend für die Menschen, die voller Enthusiasmus gegen Korruption und Missmanagement aufbegehren. Das Bild fotografierte Tilman Evers, langjähriger Vorsitzender des forumZFD, im Rahmen einer Projektreise in den Libanon.

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieses Editorial entsteht am Ende der ersten Amtswoche des neuen US-Präsidenten Trump, und ich mag mir nicht vorstellen, was er in den verbleibenden Tagen, die zwischen dem Verfassen dieser Zeilen und dem Moment, da Sie sie lesen, noch anrichten wird.

Insofern wurde unser Artikel über die wachsenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft schon von der Wirklichkeit überholt. Trumps Politikstil, der jeglichen Respekt vor demokratischen Institutionen, internationalen Werten und Normen und allen voran den Menschenrechten vermissen lässt, weist auf eine noch tiefer greifende Veränderung hin, vor der wir auch in Europa nicht gefeit sind.

Gesine Schwan benennt im Interview die Ursachen für den wachsenden demokratiefeindlichen Rechtspopulismus. Ihre Hoffnung in der Krise Europas ist und bleibt die Zivilgesellschaft. Nicht unbedingt hoffnungsvoll, aber umso beeindruckender ist die Geschichte der Reise von Faiz Al Senwi aus dem Jemen zum Akademie-Kurs nach Deutschland. Wir alle könnten eine Portion seines Mutes und seiner Zuversicht gut gebrauchen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation

PS: Wie gefällt Ihnen das neue Format unseres Magazins? Wir freuen uns auf Ihr Lob und Ihre Kritik.

In eigener Sache

Klare Verantwortung und mehr Transparenz

Mitgliederversammlung beschließt neue Satzung für forumZFD

Die Mitgliederversammlung des forumZFD hat im Oktober 2016 eine umfangreiche Satzungsreform beschlossen. Das ranghöchste Gremium des Vereins bleibt die Mitgliederversammlung. Neu ist ab dem Jahr 2017 ein aktuell zweiköpfiger, hauptamtlicher Vorstand, der die Geschäfte des Vereins führt. Er wird von einem ehrenamtlichen Aufsichtsrat kontrolliert, der strategische Entscheidungen trifft.

Damit hat das forumZFD seine Strukturen dem schnellen Wachstum der Organisation angepasst und eine klare Trennung zwischen hauptamtlicher Geschäftsführung und ehrenamtlicher Aufsicht eingeführt.

Personell besteht Kontinuität. Der bisherige Geschäftsführer Oliver Knabe und sein Stellvertreter Carsten Montag wurden als Mitglieder des nun hauptamtlichen Vorstands gewählt. Die meisten bisherigen Vorstandsmitglieder übernahmen Funktionen im neuen Aufsichtsrat.



Vorstand und Aufsichtsrat nach der Wahl (v. l. n. r.):

Carsten Montag (Vorstand),
Dominique Pannke,
Raana Gräse,
Jürgen Menzel,
Mareike Junge,
Peter Tobiasen,
Michael Germer,
Heinz Liedgens
(alle Aufsichtsrat),
Oliver Knabe
(Vorstandsvorsitzender)

Entschieden für Frieden

Neues Erscheinungsbild des forumZFD

Im 21. Lebensjahr erhält das forumZFD ein neues Erscheinungsbild. Im Mittelpunkt des neuen Designs stehen dabei die Menschen, die sich im forumZFD für den Frieden einsetzen und seine Arbeit unterstützen. Sie alle tun es kompetent, aufrichtig und mit Herzblut – eben „Entschieden für Frieden“.

Der erneuerte Außenauftritt soll dazu beitragen, den Auftrag der Mitgliederversammlung des forumZFD umzusetzen, einen entscheidenden Beitrag zu aktiver Friedenspolitik und zum Vorrang für die gewaltfreie Transformation von Konflikten zu leisten. Dazu wird das forumZFD noch intensiver als bisher seine Erfahrungen in ziviler Konfliktbearbeitung im In- und Ausland in die Politik einbringen und seine Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit verstärken.



Das Leitbild des forumZFD ist bereits im neuen Design erschienen.

Gewaltfreiheit

Stil einer Politik für den Frieden

Aus der Botschaft von Papst Franziskus zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 2017



Flickr/Korea.net Jeon Han, Lizenz: CC BY-SA 2.0

Das vergangene Jahrhundert ist von zwei mörderischen Weltkriegen verwüstet worden und hat die Bedrohung eines Atomkriegs sowie eine große Anzahl weiterer Konflikte erlebt, während wir heute leider mit einem schrecklichen „stückweisen“ Weltkrieg zu tun haben. Es ist nicht leicht zu erkennen, ob die Welt heute mehr oder weniger gewaltsam ist als gestern und ob die modernen Kommunikationsmittel und die unsere Zeit kennzeichnende Mobilität uns die Gewalt bewusster machen oder ob sie uns mehr an sie gewöhnen.

In jedem Fall verursacht diese Gewalt, die „stückweise“ auf unterschiedliche Arten und verschiedenen Ebenen ausgeübt wird, unermessliche Leiden, um die wir sehr wohl wissen: Kriege in verschiedenen Ländern und Kontinenten; Terrorismus, Kriminalität und unvorhersehbare bewaffnete Übergriffe; Formen von Missbrauch, denen die Migranten und die Opfer des Menschenhandels ausgesetzt sind; Zerstörung der Umwelt. Und wozu das alles? Erlaubt die Gewalt, Ziele von dauerhaftem Wert zu erreichen? Löst nicht alles, was sie erlangt, letztlich nur Vergeltungsmaßnahmen und Spiralen tödlicher Konflikte aus, die allein für einige wenige „Herren des Krieges“ von Vorteil sind?

Die Gewalt ist nicht die heilende Behandlung für unsere zerbrochene Welt. Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren führt bestenfalls zu Zwangsmigrationen und ungeheuren Leiden, denn große Mengen an Ressourcen werden für militärische Zwecke bestimmt und den täglichen Bedürfnissen der Jugendlichen, der Familien in Not, der alten Menschen, der Kranken, der großen Mehrheit der Erdenbewohner entzogen. Schlimmstenfalls kann sie zum physischen und psychischen Tod vieler, wenn nicht sogar aller führen. (...)

Mächtiger als die Gewalt

Die Gewaltfreiheit wird manchmal im Sinn von Kapitulation, Mangel an Engagement und Passivität verstanden, aber in Wirklichkeit ist es nicht so. Als Mutter Teresa 1979 den Friedensnobelpreis empfing, erklärte sie ihre Botschaft einer aktiven Gewaltfreiheit ganz deutlich: „In unserer Familie haben wir keine Bomben und Waffen nötig und brauchen nicht zu zerstören, um Frieden zu bringen, sondern wir müssen nur zusammen sein und einander lieben (...) Und so werden wir alles Böse, das es in der Welt gibt, überwinden können.“ Denn die Macht der Waffen ist

trügerisch. „Während die Waffenhändler ihre Arbeit tun, gibt es die armen Friedensstifter, die ihr Leben hingeben, nur um einem Menschen und noch einem, noch einem, noch einem zu helfen.“ (...)

Die entschieden und konsequent praktizierte Gewaltfreiheit hat eindrucksvolle Ergebnisse hervorgebracht. Unvergesslich bleiben die von Mahatma Gandhi und Khan Abdul Ghaffar Khan erreichten Erfolge bei der Befreiung Indiens sowie die Erfolge Martin Luther Kings jr. gegen die Rassendiskriminierung. Besonders die Frauen sind oft Vorreiterinnen der Gewaltfreiheit, wie zum Beispiel Leymah Gbowee und Tausende liberianische Frauen, die Gebetstreffen und gewaltlosen Protest (Pray-ins) organisiert und so Verhandlungen auf hoher Ebene erreicht haben im Hinblick auf die Beendigung des zweiten Bürgerkriegs in Liberia.

Meine Einladung

Der Aufbau des Friedens durch die aktive Gewaltfreiheit ist ein notwendiges Element und entspricht den ständigen Bemühungen der Kirche, die Anwendung von Gewalt zu begrenzen durch moralische Normen, durch ihre Teilnahme an den Arbeiten der internationalen Einrichtungen und durch den kompetenten Beitrag vieler Christen zur Ausarbeitung der Gesetzgebung auf allen Ebenen. Jesus selbst bietet uns ein „Handbuch“ dieser Strategie zum Aufbau des Friedens in der sogenannten Bergpredigt an. Die acht Seligpreisungen (vgl. Mt 5,3-10) skizzieren das Profil des Menschen, den wir als glücklich, gut und authentisch bezeichnen können. Selig, die keine Gewalt anwenden – sagt Jesus –, selig die Barmherzigen, die Friedensstifter, selig, die ein reines Herz haben, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit.

Das ist auch ein Programm und eine Herausforderung für die politischen und religiösen Leader, für die Verantwortungsträger der internationalen Einrichtungen und für die Leiter der Unternehmen und der Medien der ganzen Welt: die Seligpreisungen in der Art der Ausübung ihrer Verantwortung anzuwenden. (...) Das erfordert die Bereitschaft, „den Konflikt zu ertragen, ihn zu lösen und ihn zum Ausgangspunkt für einen neuen Prozess zu machen“.

Die vollständige Botschaft des Papstes finden Sie unter www.forumZFD.de/PapstzumWeltfriedenstag2017.

Stumm geschaltet: Stimmen für den Frieden

Zivilgesellschaft gerät weltweit unter Druck

von Christoph Bongard

Wer sich für Frieden und Menschenrechte einsetzt, muss im Zweifel mit dem Widerstand der Mächtigen rechnen. Das musste schon Gandhi erfahren, als er seine Ideen zum gewaltfreien Widerstand erfolgreich gegen die britischen Kolonialherren erprobte. Doch in den letzten Jahren nehmen in vielen Ländern die Repressionen gegen Friedensgruppen, Umweltaktivisten und Bürgerrechtlerinnen erheblich zu.

Am 11. Januar 2016 veröffentlichten türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Aufruf zum Stopp des Militäreinsatzes gegen die PKK und zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen. Staatspräsident Erdoğan reagierte unmittelbar, indem er die Justiz dazu aufforderte, das Nötige gegen diesen „Verrat“ von „Pseudo-Wissenschaftlern“ zu unternehmen. Es folgten persönliche Bedrohungen, Entlassungen und Anklagen gegen die Unterzeichnenden des Friedensappells.

Nach dem Putschversuch in der Türkei im Juli vergangenen Jahres verschärfte die Regierung Erdoğan die Kontrolle von Medien und Zivilgesellschaft dramatisch. Die Entwicklung in der Türkei ist leider kein Einzelfall. Laut eines Berichtes der britischen Zeitung The Guardian haben in den letzten vier Jahren mehr als 60 Staaten Gesetze verabschiedet oder vorbereitet, die die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen einschränken. Schon im Jahr 2012 unterzeichnete der russische Präsident Putin ein Gesetz, demzufolge sich „politisch aktive“ Organisationen, die Fördergelder aus dem Ausland erhalten, als ausländische Agenten registrieren müssen. Betroffen war davon zum Beispiel die anerkannte Menschenrechtsorganisation Memorial. Das israelische Parlament verabschiedete im Sommer 2016 ein ähnliches Gesetz, das sich vor allem gegen Friedens- und Menschenrechtsgruppen richtet, die Israels Besatzung der palästinensischen Gebiete kritisieren. Wie schon das Beispiel der türkischen „Wissenschaftler für den Frieden“ zeigt, gehen die Repressionen gegen die Zivilgesellschaft über Gesetze und Strafverfolgung weit hinaus und schließen öffentliche Diffamierung, Bedrohungen und Gewalt ein. Doch was sind die Hintergründe dieses beunruhigenden Trends?

Weltmacht Zivilgesellschaft

Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat die Zivilgesellschaft stark an Einfluss gewonnen, als „der Westen“ den Aufbau demokratischer Strukturen als neuen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit entdeckte. „NGOs – eine neue Weltmacht?“ und zahlreiche ähnliche Buchtitel reflektierten Anfang der 2000er Jahre den wachsenden Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen. Kampagnen von internationalen Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace oder Amnesty International erfuhren große Aufmerksamkeit in den Medien. Sie verstärkten das Bild einer Zivilgesellschaft, die Unternehmen in die Knie zwingen und Regierungen erfolgreich unter Druck setzen kann.

Die Unterstützung der Zivilgesellschaft traf bei den Empfängerländern zunächst durchaus auf Zustimmung. Die Entwicklung von Demokratie und die ökonomische Liberalisierung standen in den 1990er Jahren auch auf der Agenda der meisten Regierungen.



Arabischer Frühling

Der Tahrir-Platz in Kairo wurde zum Symbol des arabischen Frühlings im Jahr 2011. In Ägypten und anderen Ländern des Nahen Ostens reagierten die Machthaber mit Gewalt und Verfolgung auf die anfänglich gewaltfreien Proteste vor allem junger Menschen.

Flickr/Trocaire, Lizenz: CC BY 2.0

Diese positive Haltung gegenüber westlicher Demokratisierungshilfe änderte sich jedoch etwa seit dem Jahr 2005, stellen Katja Drinhausen und Günter Schucher vom Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in ihrer Analyse „Zivilgesellschaft unter Druck“ fest. Als eine Ursache sehen sie eine Reihe zunächst erfolgreicher gewaltfreier Revolutionen, unter anderem in Serbien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und dem Libanon (2005). Aber auch der globale „Krieg gegen den Terror“ der Bush-Regierung unter dem Banner der sogenannten Freiheits-Agenda veränderte den Autoren zufolge die Haltung vieler Regierungen gegenüber jeglicher Einmischung des Westens nachhaltig zum Negativen. Die gewaltsamen Revolutionen des Arabischen Frühlings ab dem Jahr 2011 und die Militärintervention in Libyen, mit der Gaddafi aus dem Amt gefegt wurde, verstärkten diesen Trend.

Inzwischen haben sich leider auch europäische Regierungen davon inspirieren lassen, zivilgesellschaftliche Stimmen mundtot zu machen. Allen voran ging der ungarische Regierungschef Orbán, dessen Regierung im Jahr 2014 eine schwarze Liste unliebsamer Nichtregierungsorganisationen erstellte. Es folgte laut eines SPIEGEL-Berichts eine polizeiliche Durchsuchung der Räume einer Umweltschutzorganisation, ohne dass Anschuldigungen bewiesen werden konnten. Anfang dieses Jahres kündigte Viktor Orbán, ermutigt vom Wahlsieg Donald Trumps, neue Maßnahmen gegen regierungskritische Organisationen an.

In Deutschland sorgte im Jahr 2014 die Entscheidung des Finanzamts Frankfurt, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac die Gemeinnützigkeit zu entziehen, bundesweit für Aufsehen. Attac verfolge allgemeinpolitische Ziele und sei daher nicht förderungswürdig, begründete die Behörde ihren Schritt. Erst im November 2016 wurde die Entscheidung von einem Gericht aufgehoben. Als Reaktion auf den Fall bildeten zahlreiche Vereine, darunter auch das forumZFD, die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“. Gemeinsam setzen sie sich für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein, die der wichtigen Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der politischen Willensbildung Rechnung trägt.

Anti-Terror-Kampf verschärft Repressionen

Das Phänomen wachsender Repression gegen die Zivilgesellschaft lässt sich also längst nicht mehr auf einige wenige autokratische Staaten eingrenzen, sondern ist inzwischen zu einem globalen Trend geworden, der auch bei uns in Europa und in den USA Folgen zeigt. Zur vermeintlichen Bekämpfung von Terror haben westliche Regierungen Gesetze erlassen, die auch freiheitliche Grundrechte und Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft einschränken. Und auch die Bundesregierung ist sich zur Abwehr von Flüchtlingen nicht zu schade,

Flickr/Trocaire, Lizenz: CC BY 2.0



Breaking the Silence

Die Mitglieder der israelischen Organisation „Breaking the Silence“ stehen besonders unter Druck für ihre offene Kritik an der Besatzungspolitik Israels.



Aachener Friedenspreis

Die türkischen Akademikerinnen und Akademiker für den Frieden wurden am 1. September 2016 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet.

© Aachener Friedenspreis e. V., Darius Dunker



Flickr/Benoit Le Corre, Lizenz: CC BY 2.0

Arabischer Frühling

In Ägypten begann die Revolution mit friedlichen Protesten auf dem Tahrir-Platz in Kairo.

Abkommen mit Regimen zu vereinbaren, die Vorreiter bei Repressionen gegen die Zivilgesellschaft sind.

Was können wir dieser Entwicklung entgegensetzen? Wie können wir uns des Vorwurfs der Einmischung in fremde Angelegenheiten durch Regierungen erwehren, in deren Ländern wir tätig sind? Das Engagement von internationalen Friedensorganisationen wie dem forumZFD basiert auf Glaubwürdigkeit. Dafür dürfen wir die Verantwortung unserer Gesellschaft und unserer Regierung für die Konflikte in diesen Ländern nicht ausblenden, sondern müssen sie klar benennen. Ebenso wichtig ist die finanzielle wie politische Eigenständigkeit unserer Partner in Konfliktregionen, die unsere Beratung und Unterstützung erhalten. Letztlich sind sie die entscheidenden Akteure auf dem Weg zum Frieden.

In manchen Fällen ist diskrete Unterstützung von Friedensinitiativen weitaus wirkungsvoller als öffentlichkeitswirksame Solidarität. In der aufgeheizten Atmosphäre

des israelisch-palästinensischen Konflikts geraten auf beiden Seiten Friedens- und Menschenrechtsgruppen derart unter Druck, dass sie ihr Engagement einschränken müssen. In solchen Situationen kann die „geräuschlose“ Unterstützung hilfreicher sein als der öffentlichkeitswirksame Protest.

In anderen Fällen stärkt internationale Solidarität unmittelbar Bedrohten den Rücken, bietet ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement den notwendigen Rückhalt, in einigen Fällen sogar Sicherheit. Der Protest der türkischen Wissenschaftler und Akademikerinnen wurde übrigens doch noch belohnt: Im Jahr 2016 erhielten sie den renommierten Aachener Friedenspreis. Doch der Abbau demokratischer Freiheiten und der Krieg im Südosten der Türkei gehen unvermindert weiter. ■

Kein Geld mehr für den Frieden

Bischofskonferenz streicht Förderung für pax christi

Die Deutsche Bischofskonferenz hat beschlossen, die bisherige Förderung für die forumZFD-Mitgliedsorganisation pax christi in Höhe von 60.000 € im Jahr ab dem Jahr 2018 einzustellen. Damit wäre die Stelle der hauptamtlichen Generalsekretärin, die die Zusammenarbeit von pax christi auf Bundesebene koordiniert, in Gefahr.

Die pax-christi-Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler ist besorgt: „pax christi die Gelder zu streichen ist nicht nachvollziehbar, weil gerade in der jetzigen Zeit Friedensengagement gefordert ist. Die Ächtung von Atomwaffen, die

Rüstungsexporte, die zivile Konfliktbearbeitung oder die Stärkung der Diplomatie gegenüber Gewalt und Krieg sind die aktuellen Herausforderungen. All das sind Themen, bei denen die pax-christi-Gruppen in den Bistümern sich bundesweit koordinieren müssen, um sinnvoll und erfolgreich agieren zu können.“

Das forumZFD setzt sich dafür ein, dass die deutschen Bischöfe ihre Entscheidung über die Mittelstreichung zurücknehmen. ■



© pax christi

Qualifizierungskurs im Nordirak

forumZFD bildet in Konfliktanalyse und Dialog aus

Seit Herbst 2015 bildet das forumZFD in Kooperation mit der Universität Dohuk Studierende, erfahrene Trainerinnen und Trainer und Universitätsforscherinnen und -forscher in Konfliktanalyse und Dialogansätzen aus.

Blick über die Stadt Dohuk im Nordirak



Der Bedarf an Weiterbildung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung ist groß. Der Nordirak ist seit Jahrzehnten Schauplatz mehrerer Kriege und gewaltsamer Konflikte ethnischer, religiöser, politischer und wirtschaftlicher Natur, die Spuren in der gesamten Gesellschaft hinterlassen haben. Hinzu kommt eine große Zahl an Geflüchteten aus von der Terrorgruppe IS besetzten Gebieten.

Oberflächlich herrscht unter der Regierung einer autoritären Partei aktuell eine relative Ruhe in der Region Dohuk. Doch in den sozialen Netzwerken werden der Hass und die massiven Konflikte sichtbar.

Mit den Ausbildungskursen, die das forumZFD im Auftrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchführt, soll der soziale Zusammenhalt der Menschen in der Region gestärkt werden. Gerade der Ansatz der Akademie für Konflikttransformation im forumZFD, die Arbeit an der eigenen Haltung einzubeziehen und die Reflexionsfähigkeit der Menschen zu stärken, findet große Wertschätzung bei den Teilnehmenden. ■

© Josef Freise

Von Arabien nach Königswinter und zurück

Meine Reise durch den Krieg für eine bessere Zukunft

Der Weg, der vor mir liegt, ist lang. Es ist Spätsommer 2016 und ich habe mir etwas vorgenommen. Meine Familie hat Angst, aber ich kann einfach nicht anders. Ich will diese Chance unbedingt nutzen – egal was kommt.

Ich bin Faiz Al Senwi und lebe im Jemen, in der Hauptstadt Sana'a. Die Luft ist heute warm und trocken. Der letzte Regen ist gefühlt schon wieder lange her. Weggewaschen hat er die schmutzige Atmosphäre von Krieg und Gewalt nicht.

Ich beobachte meine Kinder beim Spielen im Hof. Das Leben im Krieg mit all seinen Einschränkungen und Schrecken ist Alltag für sie. Seit Jahren wird in meinem Land gekämpft. Die radikale Huthi-Bewegung kontrolliert seit dem Jahr 2012 den Nordwesten, darunter auch Sana'a, wo wir wohnen, und die Hafenstadt al-Hudaia. Der Rest des Landes ist zwischen Anhängern des abgesetzten Präsidenten Mansur Hadi und von Osten kommenden jemenitischen Al-Qa'ida-Kämpfern aufgeteilt. Selbst die Terrorgruppe IS hat es geschafft, sich im Jemen einzunisten und einige Städte im Süden und Südosten an sich zu reißen. Im Norden greifen die Kämpfe auch über die Grenze nach Saudi-Arabien über, deshalb werden seit



Gerne erinnert sich Faiz Al Senwi an Ausflüge in die Berge seiner Heimat zurück.

© privat

vergangenem Jahr auch von einer dort angeführten Militärkoalition regelmäßige Bombenangriffe auf Ziele bei uns durchgeführt.

Alles wird immer schlimmer

Es gibt zu wenig Essen, zu wenig sauberes Trinkwasser, zu wenig Benzin, zu wenig, um den Lebensunterhalt zu sichern. Zu wenig von allem Notwendigen. Und zu viele Bomben und Hass.

Mit Beginn des Kriegs im Jahr 2014 unterbrechen viele internationale Organisationen, Botschaften und Konsulate ihre Arbeit in Jemen und verlassen das Land. Als selbstständiger Berater habe ich plötzlich keine Möglichkeiten mehr, Aufträge zu finden. Die eingeschränkte Reisefreiheit erschwert meine Situation zusätzlich: Überall im Land gibt es Checkpoints, an denen mir die Weiterfahrt in andere Städte verwehrt wird. Ich muss mein eigenes Unternehmen schließen, einen neuen Job finde ich nicht.



© privat



© Carport - eigenes Werk, usingFile:
Yemen location map.svg by NordNordWest.STRM-
30 data for the relief, CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=23195886>

Aber einfach aufgeben? Das kann ich nicht. Und dann tut sich eines Tages unerwartet eine Chance auf: Ich erhalte ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, um an einem Kurs in Friedens- und Konfliktarbeit der Akademie für Konflikttransformation teilzunehmen. Ich habe ein neues Ziel, ich werde nach Deutschland reisen! Doch es gehört mehr dazu, als sich in ein Flugzeug zu setzen und hinzufliegen. Viel mehr.

Denn wieder legt mir der Bürgerkrieg in meiner Heimat große Steine in den Weg. Der Flughafen in Sana'a ist geschlossen. Nur von Aden aus, im Süden an der Küste, kann man noch fliegen. Die Fahrt von Sana'a nach Aden ist jedoch nicht erlaubt und bei jeder Kontrolle wird der Geburtsort überprüft.

Meine Mutter, meine Ehefrau und meine Schwestern wollen mich nicht gehen lassen. Aus Angst vor dem, was mir zustoßen könnte, aus Angst, ich könnte nie wieder zurückkehren. Wie würde ich den Flughafen in Aden erreichen? Wie sollte ich es über die inneren Grenzen und durch die gefährlichen, umkämpften Gebiete schaffen? Würde ich sicher ankommen? Nur mein Vater ermutigt mich zu der Reise nach Deutschland. Letztlich siegt mein Wille, endlich weiterzukommen, etwas tun zu können, und ich entschieße mich, die Fahrt in den Süden zu riskieren.

Meiner Familie hinterlasse ich etwas Geld, damit sie sich in den kommenden Monaten durchschlagen kann. Der Abschied ist hart.

Die gefährlichste Reise meines Lebens

Über illegale Wege, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Motorrad und zu Fuß bewege ich mich heimlich immer weiter nach Süden. Ich schlafe an versteckten Orten in

Städten und Dörfern, die ich nicht kenne. Wenn ich entdeckt werde, könnte ich getötet werden. Nur ein einziger Kontakt zu meiner Familie oder meinen Freunden wäre zu riskant.

Endlich, nach drei Tagen, erreiche ich Aden, erschöpft, aber noch längst nicht am Ziel. Zwei weitere Tage muss ich mich in der Stadt versteckt halten, bis mein Flieger geht. Noch immer wage ich es nicht, meine Frau anzurufen. Was wird passieren, wenn ich am Flughafen kontrolliert werde?

Beim Check-in tritt meine Befürchtung ein: Ich werde verhaftet und stundenlang befragt. Minuten und Stunden ziehen sich in die Länge. Ich weiß nicht, was mit mir passieren wird. Am Ende gelingt es mir, die Beamten zu überzeugen. Ich darf ausreisen! Ich atme tief ein, sauge noch einmal die jemenitische Luft in mir auf und steige ins Flugzeug. Der erste Teil ist mir gelungen, aber erleichtert bin ich nicht. Meine Heimat und Familie zu verlassen ist das Eine, in ein paar Monaten die Rückkehr zu schaffen, steht mir noch bevor.

Bilder aus einem fremden Land

Es regnet, als ich Anfang September in Deutschland ankomme. Alles ist grün und die Luft riecht ganz anders als in Sana'a. Meine Kinder können sich kaum vorstellen, wie es in dem für sie fremden Land aussieht, trotz der Bilder, die ich mit dem Handy schicke.

Am 9. Oktober 2016 höre ich wieder von meiner Frau. Die Verbindung ist schlecht, aber ihr und den Kindern geht es gut. Am Tag zuvor hatte es einen Luftangriff auf eine Trauerfeier in Sana'a gegeben. 140 Menschen sterben, mehrere Hundert werden verletzt.

Ich stürze mich in die Arbeit. Ich weiß, wie wichtig die Weiterbildung für mich ist. Die folgenden Wochen bestätigen mich in der Entscheidung, die schwierige Reise auf mich genommen zu haben. Und die enge Verbindung mit den anderen Teilnehmenden, die während des Kurses entsteht, gibt mir immer wieder neue Kraft.

Als ich am Ende das Zertifikat der Akademie für Konflikttransformation in den Händen halte, fühle ich mich selbstbewusst und zuversichtlich. Ich habe viel Fachwissen und Mut für meine Arbeit als Friedens- und Konfliktberater gesammelt und mir einen Plan für das gemacht, was ich in den nächsten zehn Jahren erreichen möchte.



© privat



© privat

Seit 2010 ist Faiz Al Senwi in Jemen als Berater für Kommunikation, Teambuilding und Konfliktbearbeitung tätig. Im Anschluss an die Weiterbildung in Friedens- und Konfliktarbeit führt er mit seinem Team eine Konfliktanalyse an einer Schule durch.



© Ferdinand Reus – wikimedia commons

Die Hauptstadt des Jemen, Sana'a, wird seit 2013 von Huthi-Rebellen kontrolliert. Teile der historischen Altstadt wurden durch den Krieg bereits zerstört.

Erneute bange Momente erwarten mich am Düsseldorfer Flughafen. Nervös stehe ich am Schalter. Meine Frau, meine Kinder, meine Eltern – werde ich sie bald wiedersehen? Doch diesmal geht alles gut. Ich bekomme die Erlaubnis, nach Jemen zurückzufliegen.

Ich darf wieder nach Hause!

Es ist Mitte November. Wärmende Sonnenstrahlen empfangen mich. Meine Kinder laufen aus dem Haus, um mich zu begrüßen. Ich bin am Ende meiner Reise angelangt – erleichtert.

Eine Woche später organisiere ich in Sana'a einen dreitägigen Workshop zu Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Das, was ich bei der Akademie gelernt habe, möchte ich direkt an so viele Menschen im Jemen weitergeben, wie ich kann. Ich baue ein kleines Team auf, das ich in Konfliktanalyse und der Planung von Friedensprojekten schule.

Erste Schritte in eine gewaltfreie Zukunft

Unsere erste Analyse machen wir an einer privaten Schule. Denn ein großes Problem im Jemen, das der Krieg mit sich bringt, ist Gewalt an Schulen. Jugendliche bringen Waffen mit, ihr Verhalten wird immer aggressiver. Auch Lehrkräfte und Schulleitung werden in schwierigen Situationen häufig gewalttätig. Mit unseren Ergebnissen wollen wir gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern Projekte entwickeln, um die Gewaltspirale zu beenden und den Umgang der Beteiligten untereinander in Zukunft friedlich, respektvoll und konstruktiv zu gestalten.

Für uns, die Menschen, die im Jemen leben, ist das ein erster Schritt, um zu lernen, dass Konflikte gewaltfrei besser bearbeitet werden können.

Der nächste Schritt mit meinem Team ist, die Rolle von Nichtregierungsorganisationen im Jemen zu analysieren. Nach einem Monat sind wir endlich so weit, dass wir anhand der Ergebnisse an verschiedenen Ideen für Friedensprojekte arbeiten. Wir suchen jetzt nach Geldmitteln, um die Projekte auch umsetzen zu können.

Unterdessen geht der Krieg um mich herum unentwegt weiter. Ständig fällt der Strom aus und die Internetverbindung zur Außenwelt ist schlecht. Aber ich gebe nicht auf. Schritt für Schritt gehe ich weiter, auf dem Weg in ein Leben mit weniger Gewalt. Und hoffentlich, irgendwann, eine Heimat ohne Krieg.

Aufgezeichnet von Kristin Kretschmann.



Während seines Aufenthalts in Königswinter bei Bonn, wo die Kurse der Akademie stattfinden, nutzt Faiz Al Senwi einen Spaziergang am Rhein, um den Kopf freizubekommen.



Faiz Al Senwi (links) hat im Herbst 2016 als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung am Vollzeitkurs „Friedens- und Konfliktberatung“ der Akademie für Konflikttransformation im forumZFD teilgenommen und erfolgreich abgeschlossen.



Anhand sehr unterschiedlicher Methoden erlernen Faiz Al Senwi (rechts) und die anderen Teilnehmenden an der Akademie Fachwissen über Gruppendynamiken, Konfliktanalyse und Intervention in Konfliktsituationen, zum Beispiel in Form eines Rollenspiels.

Unsichtbar.

Während sich die mediale Berichterstattung seit vielen Monaten auf den gewaltsamen Konflikt in Syrien konzentriert, sind nicht nur dort Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Weltweit zählt das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) 65,3 Millionen Geflüchtete. Davon sind etwa 40 Millionen Vertriebene im eigenen Land („Internally Displaced Persons“).

Die meisten Flüchtlinge suchen in direkten Nachbarländern Schutz. Allein im kleinen Libanon mit seinen 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern haben 1,5 Millionen Menschen Zuflucht gefunden. Über viele Geflüchtete erreichen uns zumeist keinerlei Nachrichten aus den Medien – wie zum Beispiel vom Flüchtlingslager in Malkadiida in Äthiopien (siehe Foto).

Aus den Augen, aus dem Sinn? Millionen Menschen warten oft jahrzehntelang auf eine mögliche Rückkehr in ihre Heimat – fernab der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. ■



© UN Photo Eskinder Debebe:
Flüchtlingslager Malkadiida, Äthiopien

Der Neoliberalismus hat den Egoismus gezüchtet und die Solidarität zerstört

Gesine Schwan im forumZFD-Interview

Gesine Schwan sprach mit uns über die fatalen Folgen des Neoliberalismus, die Chancen der nachhaltigen Entwicklungsziele für einen Politikwechsel und erklärt, wie Europa die Krise überwinden und die Aufnahme der Flüchtlinge gelingen kann.

2016 war kein gutes Jahr für die Europäische Union. Würden Sie sagen, dass Europa an einem Wendepunkt ist?

Gesine Schwan: Ich glaube, dass Europa in einer sehr tiefen Krise steckt. Die Schließung der Grenzen, die starke Betonung von nationalen Vorurteilen – das sind Indizien einer Erosion der Europäischen Union. Dieses Bild der EU wird allerdings von den nationalen Regierungen und dem von den Staats- und Regierungschefs gebildeten Europäischen Rat geprägt. Der Rat hat sich spätestens seit der Bankenkrise zum fast alleinigen Herrscher in Europa gemacht. Ich glaube jedoch, dass auf der Ebene der Kommunen, der Unternehmen und der organisierten Zivilgesellschaft sehr viel mehr positive, europäische Einstellungen geblieben sind. Die Ressourcen, gegen die wachsenden nationalistischen, rechtsextremen Potenziale vorzugehen, liegen nicht bei den nationalen Regierungen – diese sind viel zu sehr mit Umfragen, Wahlen und Parteienkonkurrenz beschäftigt und trauen sich immer weniger an sachliche Politik –, sondern bei der Zivilgesellschaft. Deswegen müssen wir massiv umsteuern und finanzielle Macht direkt an die Gemeinden und an die organisierte Zivilgesellschaft übergeben, damit wir aus dieser Krise herauskommen.

Nicht nur in Europa empfinden viele Menschen die Globalisierung mittlerweile als Bedrohung und flüchten ins Nationale.

Gesine Schwan: Die Ursachen liegen in der Wirtschaftspolitik und einer entsprechenden Kultur, die massiv vom Neoliberalismus geprägt wurde. Dieser Liberalismus hat

bewusst öffentliche Güter zugunsten von Privatisierung zurückgedrängt. Er hat den Egoismus gezüchtet und die Solidarität zerstört. Die Politik hat die Globalisierung nicht gerecht gestaltet: Sozialversicherungen, die sozialen Ausgleich schaffen, wurden gestrichen, Gewerkschaften geschwächt und so weiter. Damit zerstört die Politik Solidarität, und die Diskrepanz zwischen Arm und Reich wächst. Diese Erfahrung von Globalisierung ist natürlich abschreckend.

Das zentrale Motto der globalen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung lautet „niemanden zurücklassen“. Das klingt wie ein Gegenentwurf zu der von Ihnen beschriebenen neoliberalen, zunehmend nationalistischen Politik. Hat diese Agenda tatsächlich eine Chance darauf, umgesetzt zu werden und auch zu einem Politikwechsel beizutragen?

Gesine Schwan: Das denke ich schon. Immerhin haben sich die Staaten der Vereinten Nationen darauf verständigt. Das heißt natürlich nicht, dass die Regierungen wirklich danach handeln. Aber die Agenda 2030 ist erst mal eine gemeinsame Bekenntnisgrundlage, auf die man sich berufen kann. Ihre 17 Ziele und 169 Unterziele wirken etwas verwirrend, aber im Grunde geht es darum, Armut zu bekämpfen und öffentliche Güter einzurichten.

Ein Problem ist, dass die Agenda eigentlich erst im letzten Ziel 17 die zentralen Fragen angeht, wie diese Ziele umgesetzt werden sollen, welche politischen Institutionen und Verfahren es braucht. Sie können noch so viel Geld nach Afrika pumpen, ohne eine gute Regierungs-

Gesine Schwan setzt sich für die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ein und blickt dabei insbesondere auf die Beiträge Deutschlands. Den Grundsatz der Agenda 2030, „niemanden zurückzulassen“, hält sie auch für Deutschland und andere Industrieländer für sehr relevant, nicht zuletzt vor dem Hintergrund jüngster Wahlerfolge populistischer Parteien.

© Hans-Christian Plambeck



GESINE SCHWAN

Gesine Schwan, geboren 1943 in Berlin, ist deutsche Politikwissenschaftlerin. In den 1970er Jahren promovierte sie zum Werk des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski und baute Kontakte zu Oppositionellen in Polen auf. Die deutsch-französische und vor allem die deutsch-polnische Verständigung sind wichtige Anliegen, die sie unter anderem als Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit der Bundesregierung einsetzte. Als Vorsitzende der Grundwerte-Kommission der SPD und leidenschaftliche Europäerin kritisierte sie wiederholt die Griechenland-Politik der Bundesregierung und machte Vorschläge zur Flüchtlingspolitik der EU.

führung, die für Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit sorgt, hilft es nicht viel. Die Ziele formulieren auch sehr deutlich, was in der Frage der Integration von Flüchtlingen bei uns nötig ist. Wobei die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union meines Erachtens zurzeit dagegen verstoßen. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

Frieden ist eine der fünf Dimensionen nachhaltiger Entwicklung und eines der 17 Ziele der Agenda. Was müsste für die Umsetzung dieses Ziels passieren?

Gesine Schwan: Frieden kann im Wortsinne nur herrschen, wenn wir die drei Grundwerte der Französischen Revolution Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch umsetzen. Dazu gehört eine gerechte Steuerpolitik. Alle wissen, dass es notwendig ist, die Reichsten zu besteuern, Finanzspekulationen zu stoppen und Gerechtigkeit zu schaffen. Viele, die sich eine goldene Nase verdient haben, auch vor, in und nach der Finanzkrise, sind nach wie vor nicht bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Ihr Parteifreund und Noch-Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich für eine neue Verantwortung der deutschen Außenpolitik starkgemacht. Sollte Deutschland tatsächlich eine stärkere Rolle in der Welt einnehmen und wenn ja wie?

Gesine Schwan: Ich glaube, dass es zunächst mal ein richtiger Schritt ist von Frank-Walter Steinmeier, Außenpolitik in den systemischen Zusammenhängen zu sehen und nicht zurückzufallen in eine nationale Machtaußen-

politik des 19. Jahrhunderts. Was eine starke Verantwortung Deutschlands angeht, ist nach wie vor Vorsicht geboten. Ich empfinde das vor allen Dingen in Bezug auf Europa, wo sehr viele unter deutscher Dominanz gelitten haben. Das sieht man auch aktuell in Griechenland, wo Wolfgang Schäuble praktisch diktieren will, was die Griechen ihren Rentnern auszahlen dürfen. Was da passiert, ist ungeheuerlich. Deutsche Politik tritt selbstherrlich und imperialistisch auf, wenn sie die Vergangenheit aus dem Blick verliert. Das tut die deutsche Bundesregierung im Moment in den Personen Schäuble und auch, wenn auch im Stil zurückhaltender, Merkel.

Die Betonung der deutschen Verantwortung darf nicht einfach zum Ruf nach mehr militärischem Engagement

führen. Ebenso wenig gefällt mir, wie diese deutsche Verantwortung in der Flüchtlingspolitik gegenüber der Türkei und Nordafrika wahrgenommen wird. Hier bedient sich die deutsche Außenpolitik in erster Linie militärischer Abwehrmechanismen, und sogar die Entwicklungszusammenarbeit dient letztlich dazu, uns die Flüchtlinge vom Hals zu halten.

Im vergangenen Sommer haben Sie einen Vorschlag gemacht, wie Europa einerseits mit der Fluchtsituation umgehen und zugleich die eigene Krise überwinden könnte: Kommunen in der Europäischen Union sollten sich direkt zur Aufnahme von Geflüchteten bereiterklären können und dafür eine Förderung der EU erhalten. Was ist daraus geworden?

Gesine Schwan: Der Vorschlag hat noch rechtliche Hürden zu überwinden, denn bei der Aufnahme von Flüchtlingen haben nach wie vor die Nationalstaaten das Recht, die Höhe des Kontingents zu bestimmen. Aber ich habe das weiterverfolgt, und wir sind jetzt dabei, mit ca. zehn Städten, die bei der EU einen gemeinsamen Antrag stellen wollen, eine Art Demonstrationsprojekt auf die Beine zu stellen. Die entsprechende Ausschreibung der EU enthält viele der Punkte, die ich auch in der Strategie beschrieben habe, zum Beispiel die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen vor Ort. Mit dem Projekt, an dem zum Beispiel auch polnische Städte teilnehmen, möchten wir zeigen, dass am besten vor Ort über Aufnahme und Integration von Flüchtlingen entschieden wird und diese eingebettet

werden muss in eine gemeinsame Stadt- und Kommunalentwicklung mit Investitionen in Infrastruktur, in Wohnungsbau, in Schulen und so weiter, von denen alle etwas haben.

Das Projekt schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe: Bisher lief europäische Förderung für die Kommunen immer über die nationalen Regierungen. Mit der direkten Förderung können wir mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger über die kommunale Ebene erreichen und zugleich die Identifikation der Bürger mit Europa stärken.



In allen europäischen Ländern sind Kommunen bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, sagt Gesine Schwan. Darum sollte die Europäische Union Kommunen und Zivilgesellschaft vor Ort direkt fördern, und die Aufgabe nicht Nationalregierungen überlassen. Im österreichischen Ansfelden begrüßt der Bürgermeister persönlich zusammen mit Ehrenamtlichen die Geflüchteten in ihrer Unterkunft.



Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf www.forumZFD.de/kaffeegemahlen

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 15. März das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Die Rätselfragen:

1. Miteinander sprechen
2. Nonviolence auf Deutsch
3. Kürzlich verstorbener Revolutionsführer
4. Mitstreiter von Asterix
5. Pionier der gewaltfreien Kommunikation
6. Verschlimmerung eines Konfliktes
7. Neues Projektland des forumZFD im Jahr 2017
8. Obolus
9. Gespräche zur Beilegung eines bewaffneten Konflikts
10. Geschäftsstelle des forumZFD
11. Projektland des forumZFD in Südostasien
12. Hauptstadt Kambodschas
13. Arabisch Frieden
14. Name des philippinischen Präsidenten
15. Vorheriger US-Präsident
16. Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung
17. Neues Kontrollgremium des Vereins forumZFD
18. Parlament in Israel
19. Das forumZFD ist Träger des Friedenspreises
20. Extrem günstiges Angebot
21. Undurchsichtig
22. Beliebte arabische Speise
23. Letzter Literaturnobelpreisträger
24. Tagesordnung
25. Anderes Wort für Bürgergesellschaft

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 16. März unter www.forumZFD.de/raetsel.

Hummus

Mehr als nur eine Vorspeise



Liebe geht ja bekanntlich durch den Magen. Warum also nicht auch Frieden?, haben wir uns gedacht. Denn so weit sind diese beiden großen Worte gar nicht voneinander entfernt.

Frei nach dem Motto „Frieden geht durch den Magen“ haben wir erstmals ein Rezept einer Speise in das MAGAZIN aufgenommen, die uns in unseren Programmländern Libanon, Israel und Palästina tagtäglich begegnet.



„Hummus“ ist ein kaltes Püree aus den Grundzutaten Kichererbsen, Sesampaste, Knoblauch und Zitronensaft. Verfeinert wird es mit Petersilie oder Nana-Minze und verschiedensten Gewürzen. Die Schreibweisen sind ebenso vielfältig wie die Zubereitungsarten des Gerichts – fast vergleichbar mit dem deutschen Kartoffelsalat. Sein Name kommt aus dem Arabischen: Er bedeutet ganz einfach „Kichererbsen“.

Hummus darf an keinem Tisch der Region fehlen, wenn sich Freunde, Kolleginnen und Großfamilien zum Essen treffen. Als Teil einer bunten Auswahl an Dips, Pasten und Salaten wird es mit flachen Brotfladen zur Vorspeise gegessen – und zwar mit den Händen, im familiären Rahmen sogar meist direkt aus den farbenfrohen Schüsseln, die in der Mitte des Tisches für alle Gäste bereitstehen.

Zutaten:

- 250 g getrocknete Kichererbsen (alternativ aus der Dose)
- 2–3 Zehen Knoblauch
- Saft von 1 frischen Zitrone
- 3–4 EL Tahina (Sesampaste)
- Salz
- 3 EL gutes Olivenöl
- ggf. glatte Petersilie, Nana-Minze, Paprikapulver, Kreuzkümmel (Cumin)
- Pita-Brot oder arabisches Brot

Zubereitung:

Die Kichererbsen über Nacht in reichlich kaltem Wasser einweichen. Abgießen und mit reichlich frischem Wasser in einem Topf etwa eine Stunde köcheln, bis die Kichererbsen weich werden. Erneut abgießen, die Flüssigkeit auffangen (Kichererbsen aus der Dose nicht einweichen und kochen sondern direkt abgießen).

Den Knoblauch schälen und fein hacken. Mit Kichererbsen, Tahina, Öl und einigen Löffeln der Flüssigkeit fein pürieren. Zitronensaft löffelweise je nach Geschmack zugeben. Für eine weiche, cremige Konsistenz ggf. Flüssigkeit zufügen. Mit Salz, Paprika und Kreuzkümmel abschmecken. Eine halbe Stunde ruhen lassen.

In einer Schale anrichten, mit Olivenöl, glatter Petersilie oder frischer Nana-Minze und Gewürzen garnieren.

Hummus wird als Dip mit Brot serviert.

Tipp: Je nach Geschmack kann mehr oder weniger Knoblauch, Zitrone oder Tahina verwendet werden.



Flickr/Stadt Ansfelden, Mag. Ines Höllinger, Lizenz: CC-BY



Auf der Suche nach Frieden

Neue Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung enttäuscht

Es war eine schwere Geburt: Die für den Sommer 2016 angekündigte neue Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung erblickte im Januar 2017 endlich das Licht der Welt. Die Strategie beschreibt, wie Deutschland die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen umsetzen will. Das forumZFD richtete den Blick in seiner Beurteilung des Dokuments in erster Linie auf die Friedensziele. Bereits im August hatten das forumZFD und andere Organisationen der Bundesregierung sieben konkrete Vorschläge unterbreitet, wie Deutschland mit der neuen Nachhaltigkeitsstrategie zu mehr Frieden beitragen kann.

Das Fazit bleibt verhalten. Nur zwei der sieben Vorschläge des forumZFD wurden übernommen: Die Rolle der Zivilgesellschaft soll gestärkt und die „Verwirklichung von Menschenrechten und die Erhaltung friedlicher Gesellschaften“ in die Managementregeln der Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele darf also nichts unternommen werden, was Menschenrechte und friedliche Gesellschaften gefährdet.

Richtig konkret ist das aber nicht. Vor allem jene Vorschläge, die den deutschen Beitrag für eine friedlichere Welt messbar und nachprüfbar machen sollten, wurden nicht übernommen. So fehlen konkrete und ambitionierte Zielsetzungen für die Ausgaben für friedensfördernde Maßnahmen. Auch auf eine Reduzierung der Rüstungsexporte wollte sich Deutschland, immerhin drittgrößter Rüstungsexporteur weltweit, nicht verpflichten.

Bizarre Zielvorgaben

Stattdessen will die Bundesregierung lediglich die Zahl der im Ausland durchgeführten Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen festhalten. Der Eigenanspruch dabei ist unterirdisch – jährlich 15 Projekte weltweit hält die Bundesregierung für vollkommen ausreichend. Im Jahr 2016 hat Deutschland bereits 27 dieser Projekte durchgeführt. Die Bundesregierung hat also ihre Erwartungen an sich selbst bereits fast um das Doppelte übertroffen.

Entsprechend kritisch fällt das Fazit von forumZFD-Vorstand Oliver Knabe aus: „Die neue Nachhaltigkeitsstrategie ist friedenspolitisch zu wenig ambitioniert. Das ist enttäuschend, denn die UN-Staaten hatten 2015 auch mit

Unterstützung der deutschen Bundesregierung Frieden explizit als Ziel in die globalen nachhaltigen Entwicklungsziele aufgenommen.“

Besonders kritisch beurteilt er die Ausführungen zur Flüchtlingspolitik in der Nachhaltigkeitsstrategie: „Die EU-Türkei-Erklärung oder die Migrationspakete mit nordafrikanischen Staaten, die explizit genannt werden, sind unserer Ansicht nach nicht mit den UN-Nachhaltigkeitszielen vereinbar, denn sie sind sowohl in menschenrechtlicher als auch in friedenspolitischer Hinsicht sehr bedenklich und eben nicht nachhaltig.“

Die vollständige Stellungnahme des forumZFD zur Nachhaltigkeitsstrategie können Sie auf unserer Website nachlesen:
www.forumZFD.de/Nachhaltigkeitsstrategie_enttaeuscht



Deutschland wählt

Frieden nicht vergessen!

Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag werden sich im Wahlkampf 2017 noch stärker als in der Vergangenheit Fragen nach Sicherheit und Frieden stellen müssen. Die Folgen von Krieg und Gewalt, die Angst vor Terror und Radikalisierung sind längst Themen, die viele Wählerinnen und Wähler beschäftigen. Die wachsende Gewalt gegen Geflüchtete zeigt, dass auch im Inland Anstrengungen für eine friedliche und inklusive Gesellschaft notwendig sind.

Angesichts dieser Herausforderungen braucht es eine Politik, die nicht mit Bedrohungsabwehr und sicherheitspolitischen Maßnahmen reagiert, sondern Prävention und zivile Friedensförderung ins Zentrum stellt und damit ihren politischen Gestaltungsauftrag wahrnimmt. Dazu hat das forumZFD mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung friedenspolitische Forderungen an die Parteien aufgestellt, die wir für Sie zusammengefasst haben.

Positionen und Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Deutsche Politik muss dem Frieden dienen. Der übermäßige und konfliktverschärfende Ressourcenverbrauch Deutschlands ist nicht mit Friedensförderung vereinbar. Deshalb muss in der deutschen Politik eine Prüfung der „Friedensverträglichkeit“ eingeführt werden. Bislang gilt eine solche Prüfung ausschließlich für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit fragilen Staaten. Wir halten es für dringend notwendig, dieses Prinzip auf alle Politikfelder auszuweiten.

Die nächste Bundesregierung sollte Programme und Strukturen der zivilen Friedensförderung ausbauen. Die Etats für die Programme und Einrichtungen des Zivilen Friedensdiensts müssen auf 100 Millionen Euro erhöht werden. Auch andere Programme wie Ziviles Peacekeeping zum Schutz der Zivilbevölkerung vor kriegerischer Gewalt durch die Präsenz von Friedensfachkräften müssen gestärkt und die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland ausgebaut werden.



Zur letzten Bundestagswahl 2013 forderte das forumZFD mit einer Kampagne den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes. Mit Erfolg: Die Forderung wurde in den Koalitionsvertrag aufgenommen und die Mittel für den Zivilen Friedensdienst in den letzten vier Jahren schrittweise erhöht. Auch zur Wahl 2017 setzt sich das forumZFD für eine Stärkung ziviler Friedenspolitik ein.

Die nächste Bundesregierung sollte Zivile Konfliktbearbeitung in der eigenen Gesellschaft stärken. Die wachsende Spaltung der deutschen Gesellschaft, zunehmende Radikalisierung, extremistische Gewalt und gesellschaftliche Konflikte erfordern den Ausbau entsprechender Präventionsprogramme und der Friedensbildung.

Die nächste Bundesregierung sollte friedenspolitische Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen und ihre Politik am globalen Gemeinwohl orientieren. Dazu hat sich die Bundesregierung mit den nachhaltigen Entwicklungszielen verpflichtet. Wenn Krisenprävention ernst gemeint ist, müssen Rüstungsexporte insbesondere von kleinen und leichten Waffen beendet und glaubwürdige, wirksame Schritte zur Abrüstung ergriffen werden.

Das vollständige Dokument „Positionen und Forderungen zur Bundestagswahl 2017“ finden Sie auf unserer Website www.forumZFD.de/positionen_wahl_2017.

Wir weigern uns zu glauben, wir könnten ja doch nichts ausrichten!

Ein Gespräch mit den Stiftungsmitgründern Gisela und Klaus Kohle

November 2014. Der Plan, eine Stiftung zu gründen, nimmt beim forumZFD immer mehr Gestalt an. Nur das Gründungskapital von mindestens 50.000 Euro hat man noch nicht beisammen. Da flattert eine überraschende Nachricht in die Geschäftsstelle: Gisela und Klaus Kohle wären bereit, die Stiftung mitzugründen und entsprechend Geld bereitzustellen. Gisela und Klaus Kohle? Kennt die jemand? Nein, denn die damalige Nachricht war ihr erster Kontakt mit dem forumZFD. Aber das sollte sich bald ändern: Schon am 12. Dezember 2014 beteiligten sie sich an der Gründung der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst. Gisela (63) und Klaus (64) leben in Eybach, einem Ortsteil von Geislingen an der Steige, am Fuße der Schwäbischen Alb. Sie engagieren sich dort für eine barrierefreie Umwelt und für die Inklusion behinderter Menschen. Ihre Überzeugung: Die von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Verpflichtung und damit Einladung an alle, Barrieren in den Köpfen zu erkennen und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Diese Einladung lässt sich problemlos auf die Friedens- und Konfliktarbeit übertragen. Für das forumZFD-MAGAZIN wollten wir mehr über unser Stiftungsgründerpaar erfahren. Heinz Wagner, Stiftungsvorsitzender, hat für das MAGAZIN mit Gisela und Klaus Kohle über ihre Beweggründe gesprochen.

Frei nach Martin Luther:
„Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge,
würde ich heute ein Apfelbäumchen pflanzen.“



Flickr/LostShadowChild, Lizenz: CC BY-NC-ND 2.0

Gisela und Klaus Kohle
aus Geislingen an der Steige,
Mitgründerin und Mitgründer der
Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst.



Es gibt ja unzählige Problemfelder: Flüchtlingsarbeit, fairer Handel, Inklusion. Sie mischen sich da in Geislingen immer wieder ein. Was hat Sie dazu gebracht, sich jetzt auch für Friedensprojekte einzusetzen?

Klaus Kohle: Wer sich für mehr soziale Gerechtigkeit vor Ort einsetzt, betreibt auch eine Form der Friedensarbeit, denn ohne soziale Gerechtigkeit wird es keinen stabilen Frieden geben können.

Gisela Kohle: Wenn man lokal eine Art Graswurzelarbeit macht, ist man froh zu erfahren, dass andere Leute und Organisationen in einem größeren Rahmen und mit qualifizierten Ansätzen Friedensarbeit machen. Als Ausgleich dafür, dass wir das hier vor Ort nicht auf die Beine stellen können, schließen wir uns dem gerne an.

Wie sind Sie dabei auf das forumZFD gestoßen?

Klaus Kohle: Auf das forumZFD sind wir durch die Zeitschrift „Publik-Forum“ aufmerksam geworden. Die Berichte und Aktionsvorschläge dort haben uns beeindruckt.

Sie haben bereits einige Jahrzehnte aktiver Solidaritätsarbeit hinter sich. Welche Erlebnisse haben Sie dazu motiviert, sich nun für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen?

Klaus Kohle: Es gab keine bestimmten Ereignisse, die uns zu friedenspolitischem Engagement gebracht haben. Wir haben sehr bewusst die Phase des Kalten Krieges in den 70er und 80er Jahren erlebt. Unser erstes politisches Engagement war ab 1979 die Mitarbeit in einer entwicklungspolitischen Gruppe, Hauptthemen waren Südafrika und Nicaragua. Damals ist uns die Verzahnung der drängenden Themen Ökologie, Entwicklungspolitik, Friedenspolitik und soziale Gerechtigkeit bewusst geworden.

Gisela Kohle: Aber wir haben schon eindrucksvolle politische Aktionen miterlebt. Ich denke da an die Menschenkette gegen die Hochrüstung von Stuttgart nach Neu-Ulm im Oktober 1983 mit mehr als 250.000 Menschen. Die ging direkt hier durch Geislingen, das war sehr bewegend.

Und gut 30 Jahre später haben Sie sich entschlossen, einen „Haufen Geld“ in den Frieden zu investieren. Was bedeutet Geld für Sie?

Gisela Kohle: Das Wichtigste kann man sich für Geld nicht kaufen, zum Beispiel Freundschaft und Gesundheit.

Klaus Kohle: Wer mehr als das Lebensnotwendige hat, hat auch schon eine gewisse Form des Reichtums. Wenn die existenziellen Bedürfnisse problemlos befriedigt werden können und dann noch etwas übrig ist, so dass ich überlegen kann, ob ich das Geld für Luxus und Komfort ausbebe oder für etwas anderes, ist das durchaus ein Reichtum.

Wie fühlt es sich an, wenn man sich von einer größeren Summe unwiderruflich trennt?

Klaus Kohle: Es ist erleichternd, sich von Geld zu trennen, wenn man mehr hat, als man braucht. Es bedeutet ja nicht, dass wir auf Urlaub oder ähnliche Annehmlichkeiten verzichten müssen. Es ist auch eine Illusion, für alle denkbaren Lebenslagen so vorzusorgen, dass wir sie auf jeden Fall materiell bewältigen könnten. Bei Pflegebedürftigkeit zum Beispiel wären auch relativ große Rücklagen bald aufgebraucht.

Gisela Kohle: Teilen macht reich und lebendig. Es fühlt sich gut an, wenn man nicht lange überlegen muss, welche Geldanlage ethisch vertretbar ist.

Hatten Sie bestimmte Erwartungen, als Sie sich für die Stiftungsgründung entschieden haben?

Klaus Kohle: Der Staat trennt uns ständig von unserem Geld, indem er Steuern einnimmt. Unser Einfluss auf die Verwendung dieser Steuergelder ist bekanntermaßen relativ gering. Ein sehr großer Teil davon wird so eingesetzt, dass wir es eigentlich nicht verantworten können. Viel Geld fließt in den Militärssektor. Mit Hilfe der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst können wir wenigstens ein bescheidenes und symbolisches Gegengewicht setzen.

Welche Sorgen und Befürchtungen haben Sie in Hinblick auf das Jahr 2017, welche Wünsche und Hoffnungen?



Gisela Kohle schneidet im Dezember 2014 die Gründungstorte der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst im Kreise von Mitgründern und -gründerinnen an.

Klaus Kohle: Wir befürchten, dass sich unsere Politik dieses Jahr vor allem um die Wahlen sorgt und nicht genügend unternimmt, um innen- und außenpolitisch zu gestalten. Trotz der schwierigen aktuellen Lage weigern wir uns, die Hoffnung aufzugeben. Nehmen Sie zum Beispiel Israel & Palästina. Auch hier gibt es herausragende Initiativen, die die Konfrontationen nicht mitmachen. Ich denke da unter anderem an das West-Eastern Divan Orchestra von Daniel Barenboim. Ich weigere mich zu glauben, wir könnten ja doch nichts ausrichten. Wir wollen bewusst auf die guten Entwicklungen schauen.

Gisela Kohle: Wir wünschen uns im Kleinen wie im Großen, dass ein friedliches Zusammenleben gelingt. Dazu gehört schon im unmittelbaren Umfeld, die Mitmenschen ernst zu nehmen und zu respektieren, auch wenn wir unterschiedliche Auffassungen haben. Es weitet den Horizont ganz wahnsinnig, und unglaublich viel kommt zurück, wenn man gibt. Und natürlich wünschen wir uns, dass die Arbeit des forumZFD erfolgreich ist.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für dieses Gespräch. ■



forumZFD

*„Wer heute das Gute tut,
das er gestern tun wollte,
wird morgen ein schlechtes
Gewissen haben, weil er es
nicht vorgestern getan hat.“*

Janine Weger

Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
www.stiftung-forumZFD.de

Spendenkonto Stiftung:
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst

Im Dezember 2014 wurde die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst mit einem Gründungskapital von 63.000 € gegründet. Seither erhöhte sich ihr Kapital über Zustiftungen und zinsfreie Darlehen auf 188.000 €. In den vergangenen beiden Jahren konnte die Stiftung die Friedensarbeit des forumZFD über Zinserträge und Spendenzuwendungen mit insgesamt 16.500 € fördern.

Eine kleine Broschüre, die Sie gerne kostenlos beim forumZFD anfordern können, informiert über Ziele, Selbstverständnis und Anlagekriterien der Stiftung sowie über die Möglichkeiten, die Stiftung zu fördern.



Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich,
Referent für Kommunikation
und Fundraising

Telefon: 0221 – 91 27 32-32
E-Mail: oelerich@forumZFD.de

Wie Sie das forumZFD unterstützen können

Spendenbarometer



Spendenkonto des forumZFD

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Transparenz

Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Damit verpflichten wir uns offenzulegen, welche Ziele wir als Organisation verfolgen, woher unsere Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer darüber entscheidet. Jedes Jahr prüft eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unseren Jahresabschluss. Das Kölner Finanzamt prüft zudem alle drei Jahre die Steuerbefreiung und damit die Berechtigung zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen.

Online-Banking / Ihre Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter www.forumZFD.de/spenden.

Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

Spendenbescheinigung ab 50 €

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Adress- und Namensänderungen mitteilen!

Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon **0221 – 91 27 32-0** oder per E-Mail an kontakt@forumZFD.de.

Ihr Ansprechpartner

Bei Fragen zu Spenden oder zur Stiftung wenden Sie sich bitte an **Thomas Oelerich** per Telefon **0221 – 91 27 32-32** oder per E-Mail oelerich@forumZFD.de.

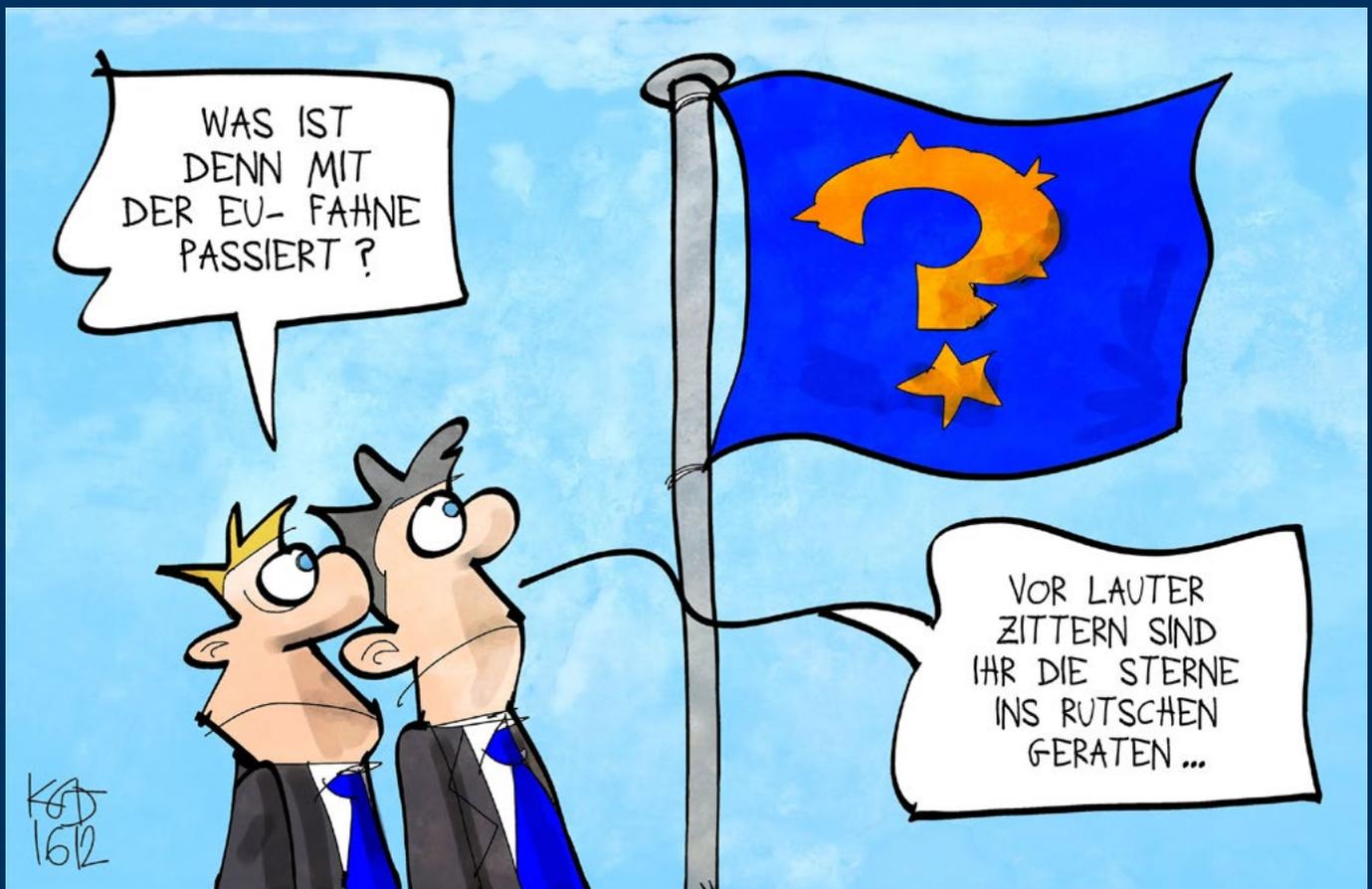
**Allen Spenderinnen und Spendern
gilt unser herzlicher Dank!**

*Im Verteidigungsfall.
Was werden die letzten Worte sein?
„Ihr seid schuld gewesen.“
„Nein, ihr.“
„Nein, nur ihr allein.“*

Erich Fried



forumZFD



Entschieden für Frieden

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
(forumZFD)
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX